

„Nation Europa“

Ethnoföderale Konzepte und kontinentale Vernetzung der extremen Rechten

Von Samuel Salzborn und Heribert Schiedel

Die Auseinandersetzung mit der Idee *Europa* folgt in jüngster Vergangenheit vor allem pragmatischen Erwägungen. Das ist insofern wenig verwunderlich, als die fortschreitende europäische Integration und hier insbesondere die bevorstehende Osterweiterung die Europäische Union vor neue Herausforderungen stellen wird, etwa im Bereich der Anpassung des EU-Binnenmarktes, einer europäischen Agrar- und Umweltpolitik, der Schaffung eines europäischen Rechtssystems oder der Integration und Gleichstellung von Minderheiten in den Mitgliedstaaten.

Während im geschichts- und sozialwissenschaftlichen Bereich die Suche nach gemeinsamen „europäischen Wurzeln“ beginnt und mit dieser auch eine strukturelle Überwindung nationalistischer Ideologeme verbunden sein könnte,¹ findet eine darüber hinausgehende tief greifende kritische Reflexion von antidemokratischen Europakonzepten nur begrenzt statt. *Europa* fungiert oft als genuines Synonym für Freiheit und Fortschritt – obgleich es in der Vergangenheit auch eine Vielzahl von antiemanzipatorischen Europakonzepten gegeben hat, wie etwa das nationalsozialistische mit dem Versuch einer rassistischen Neuordnung des Kontinents.² Mangelndes historisches Bewusstsein gegenüber durchaus vorhandenen völkischen Elementen einer Idee *Europa* schlägt sich auch in derzeitigen Europadebatten nieder. Denn hier wird nur selten der Blick auf die Schattenseiten der europäischen Integration geworfen – die, wie Dietmar Loch und Wilhelm Heitmeyer zu Recht betont haben, auch Schattenseiten der Globalisierung darstellen: der Rechtsextremismus und der völkisch-separatistische Regionalismus.³

Die Vernetzungsbemühungen der extremen Rechten in Europa haben in den letzten Jahren zugenommen, und vor allem die Ausprägung einer rechts-extremen Europaideologie nimmt in der Gegenwart – trotz aller nationaler Besonderheiten und Differenzen – konkretere Formen an. Dennoch werden

1 Vgl. Patrick J. Geary, *Europäische Völker im frühen Mittelalter. Zur Legende vom Werden der Nationen*, Frankfurt a.M. 2002.

2 Vgl. Birgit Kletzlin, *Europa aus Rasse und Raum. Die nationalsozialistische Idee der Neuen Ordnung*, Münster 2000.

3 Vgl. Dietmar Loch und Wilhelm Heitmeyer (Hg.), *Schattenseiten der Globalisierung. Rechtsradikalismus, Rechtspopulismus und separatistischer Regionalismus in westlichen Demokratien*, Frankfurt a. M. 2001.

rechtsextreme Organisationen in der medialen Öffentlichkeit in aller Regel nur im nationalen Kontext wahrgenommen, ihre Gemeinsamkeiten gelten zwar als Parallelen und allgemein signifikante Elemente rechtsextremer Ideologie unabhängig vom nationalstaatlichen Kontext (wie etwa der Rassismus), jedoch ohne dabei von der Existenz einer konsistenten Europaideologie auszugehen. Zusätzliche Bedeutung erlangt der Blick auf rechtsextreme Europavisionen noch dadurch, dass gerade nicht nur eine Analyse gesellschaftlich isolierter Gruppierungen oder lediglich randständiger Positionen vorgenommen wird, sondern dass es aufgrund von diskursiven Überschneidungen in bestimmten Themenfeldern auch um antidemokratische Einfallstore in den allgemeinen (Europa-)Diskurs der Gegenwart geht.⁴

Noch auf den Trümmern des nationalsozialistischen Versuchs einer Neuordnung des Kontinents begannen weite Teile der extremen Rechten mit organisatorischen wie ideologischen Einigungsversuchen. Dabei knüpften sie an den europäischen Befreiungsnationalismus an, wie er vor allem von faschistischen Intellektuellen in Italien und Frankreich konzipiert worden war. Dieser Befreiungsnationalismus war trotz aller Kollaboration seiner Träger nicht gleichzusetzen mit den nationalsozialistischen Plänen zur „Neuordnung Europas“. ⁵ Erst Anfang der 40er Jahre kam es hier zu einer Annäherung; insbesondere die Propagandaabteilung der Wehrmacht brachte seitdem die Einheit Europas gegen die „raumfremden Mächte“ USA und UdSSR in Anschlag. Als Vorwegnahme dieser Einheit wurde die seit damals auch für „nicht-arische Völker“ offene Waffen-SS präsentiert.

Seit 1945 versuchten rechtsextreme Intellektuelle, Europa im Rückgriff auf (prä)faschistische Ideologien, eine krude „Rassenlehre“ und NS-Propaganda zu rekonstruieren. Die neofaschistische Ideologie einer „Nation Europa“, die sich zur dritten Weltmacht aufschwingt, geht auf den britischen Faschistenführer Sir Oswald Mosley zurück, der sich damit bereits Ende der 40er Jahre an die Reorganisation einer braunen Internationale machte. Die strategische Bezugnahme auf Europa im rechtsextremen Projekt knüpft daneben an die Nazi-Propaganda von der Waffen-SS als „Vorkämpfer für das vereinte Europa“ und der deutschen Aggression als „Kampf für die Freiheit Europas“⁶ an.

1951 gründete der vormalige SS-Sturmbannführer Arthur Erhardt die bis heute erscheinende Zeitschrift mit dem programmatischen Titel „Nation Europa“ (später: „Nation & Europa“). In seinem „Politischen Testament“ erklärte Erhardt, eine „europäische Großnation“ um die natürliche Führungsmacht Deutschland – notwendig aufgrund einer „blutsmäßig bedingten weitgehenden Wesensgleichheit unserer Völker“ – sei 1945 im Kampf der „europäischen Kameraden, der französischen Legion im Kampf um Berlin und der nordischen, flämischen, osteuropäischen SS-Kameraden an allen Fronten [...] mit Blut getauft“ worden.⁷

4 Vgl. Christoph Butterwegge u.a., Themen der Rechten – Themen der Mitte. Zuwanderung, demografischer Wandel und Nationalbewusstsein, Opladen 2002.

5 Vgl. Paul Kluge, Nationalsozialistische Europaideologie, in: „Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte“, 3/1955, S. 240-275.

6 Jörg Haider zit. n. Hans-Henning Scharsach, Haiders Kampf, Wien 1992, S. 7 f.

7 Arthur Erhardt, Die Idee wird siegen!, in: „Nation Europa“, 6/1971, S. 5 f.

Im Gegensatz zur nationalstaatlich-etatistisch orientierten alten Rechten, die in ihrem wütenden Antikommunismus während des Kalten Krieges immer wieder ideologische Bündnisse mit der westlich orientierten politischen Mitte einging, nahm die europäische Fraktion des Rechtsextremismus eine militante Position gegen beide Supermächte ein. Ihr galt das Nachkriegseuropa in politisch-militärischer und ideologischer Hinsicht als kolonialisiert.⁸ Mit der ost-europäischen Transformation und der Aufhebung der Blockkonfrontation rückte dieser Gegensatz jedoch in den Hintergrund. Nun müsse diese „europäische Großnation“ zu neuem Bewusstsein erwachen und sich nach dem realen Sozialismus auch von der US-Hegemonie befreien: „Die Zeit ist reif für eine grundlegende Umorientierung der europäischen Völker – weg vom raumfremden, überstaatlichen Weltpolizisten, hin zu einer neuen kontinentalen Großraumordnung, die europäischen Interessen endlich Vorrang einräumt und Europa wieder in den Rang einer souverän handelnden Größe erhebt.“⁹ Die geistige Urhebererschaft derartiger Forderungen ist evident: Carl Schmitt formulierte bereits 1939 eine „Völkerrechtliche Großraumordnung mit Interventionsverbot für raumfremde Mächte“ als Monroe-Doktrin des Nationalsozialismus.¹⁰

Einigungsversuche auf europäischer Ebene

Die nationalen Partikularismen, welche die extreme Rechte unter anderem gegen die Europäische Union und den Euro agitieren lassen, verhinderten bisher jedoch die Ausbildung einer institutionalisierten Zusammenarbeit über Ländergrenzen hinweg oder gar die Entstehung einer EU-weit operierenden rechtsextremen Partei. Diese dauerhafte Kooperation scheiterte neben persönlichen Eitelkeiten des jeweiligen Führungspersonals auch an unterschiedlichen Strategien hinsichtlich der anvisierten politischen Machterlangung. Eine gewisse Ausnahme in Bezug auf die einigermaßen dauerhafte Schaffung übernationaler Strukturen bildet lediglich der (militante) Neonazismus, der originär am Konzept der „weißen Rasse“ festhält und gegen den „gemeinsamen Feind aller Völker“, das „internationale Großkapital“, kämpft.¹¹ Wir beschränken uns im Folgenden jedoch auf den legalistischen, parteiförmigen Rechtsextremismus, wobei die Grenzen zum militanten Rechtsextremismus in personeller wie inhaltlicher Sicht oft fließend sind.¹²

1984 zogen der Front National (FN) mit zehn, der Movimento Sociale Italiano (MSI) mit fünf Abgeordneten und ein griechischer Rechtsextremist in das

8 Vgl. Margret Feit, Die „Neue Rechte“ in der Bundesrepublik. Organisation – Ideologie – Strategie. Frankfurt a. M./New York 1987, S. 125 ff.

9 Karl Richter, Fortschritt 1992, in: „Nation & Europa“, 1/1992, S. 3.

10 Vgl. Franz Neumann, Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933-1944, Frankfurt a. M. 1984, S. 169 ff. (Vgl. auch den Beitrag von Norman Paech im vorliegenden Heft. – D. Red.)

11 Vgl. Thomas Grumke, „Solidarität ist eine Waffe“. Die rechtsextreme Internationale: Ideologie, Vernetzung und Kooperation, in: Ders. und Bernd Wagner (Hg.), Handbuch Rechtsradikalismus. Personen – Organisationen – Netzwerke vom Neonazismus bis in die Mitte der Gesellschaft, Opladen 2002, S. 43-59.

12 Vgl. Anton Maegerle, Ein Europa ohne Grenzen. Die europaweiten Verbindungen Rechtsextremer, in: „Tribüne. Zeitschrift zum Verständnis des Judentums“, 2/2002, S. 157-178.

Europäische Parlament (EP) ein.¹³ Kurz darauf durch den Abgeordneten der nordirischen Ulster Unionist Party verstärkt, bildeten diese die „Fraktion der europäischen Rechten“ unter dem Vorsitz von Jean-Marie Le Pen (FN). Nach der Wahl 1989, aus welcher der FN mit zehn, der MSI mit vier, die deutschen Republikaner (REP) mit sechs und der belgische Vlaams Blok (VB) mit einem MdEP hervorgingen, schlossen sich – mit Ausnahme der italienischen Neofaschisten – die Mandatare der genannten Parteien zur „Technischen Fraktion der europäischen Rechten“ zusammen. Neben dem offen vorgetragenen Führungsanspruch Le Pens lag der Grund für den Nicht-Beitritt des MSI im „Südtirolproblem“, über dessen Lösung sich deutsche und italienische Nationalisten nicht verständigen konnten. Aber auch ohne MSI sah sich die Fraktion nicht als inhaltlicher Zusammenschluss, was schon das Adjektiv „technisch“ andeutete. Bei aller Betonung der „deutsch-französischen Achse“ prallten hier die nationalen Partikularismen aufeinander. Verschärft wurden die Spannungen durch den unterschiedlichen Charakter der Nationalismen: Während VB und REP der völkischen Linie anhängen und den Regionalismus hochhielten, argumentierte der FN streng etatistisch und zentralistisch.

Die Europawahlen 1994 brachten dann deutliche Gewinne für die rechtsextremen Parteien – mit Ausnahme der REP: Die zuvor durch Streitigkeiten ramponierte Partei zog nicht wieder ins Europaparlament ein. Der in Alleanza Nazionale (AN) umbenannte MSI konnte seinen Stimmenanteil mehr als verdoppeln und war nun mit elf Abgeordneten vertreten. FN und VB gewannen je ein Mandat dazu; mit einem Abgeordneten neu vertreten war die belgische Version des FN. Im Unterschied zu 1989 kam diesmal eine gemeinsame Fraktion jedoch nicht zustande. Neben den persönlichen Animositäten ist dafür die strategische Umorientierung der AN verantwortlich: Die für Italien angestrebte Regierungsfähigkeit vertrug sich nicht mit einem Bündnis mit dem polternden Le Pen. Auch die FPÖ, die 1996 mit sechs Abgeordneten in das EP einzog, verschloss sich der Fraktionsbildung mit FN und VB. Aus den Europawahlen im Juni 1999 gingen die bereits etablierten rechtsextremen Parteien geschwächt hervor: Nur der VB konnte Stimmenzuwächse verzeichnen und seine beiden Mandate halten, während die AN zwei, die FPÖ ein und der zuvor in Richtungskämpfen aufgespaltene FN um Le Pen gar sechs Sitze verlor (die FN-Abspaltung *Mouvement National Républicain* um Bruno Mégret verfehlte den Einzug ins EP). Die italienische Lega Nord erhielt vier Mandate.

Nach seinem taktisch motivierten Rückzug von der FPÖ-Spitze im Mai 2000 rückte Haider ins Zentrum der europäischen Einigungsversuche. Sein langjähriger Berater in ideologischen Fragen, Andreas Mölzer, lud im November 2001 die Führungskader mehrerer europäischer Rechtsparteien zu einer Tagung ein. Zum Austausch mit zum Teil hochrangigen FPÖ-Politikern kamen Heinrich Lummer (Deutsche Konservative), Bruno Mégret, Filip Dewinter (VB-Fraktionsvorsitzender in Antwerpen), Heli Susi (Vaterlandspartei, Estland), Alfred Mechttersheimer (Deutschland-Bewegung) und István Csurka (Führer der ungarischen Partei der Gerechtigkeit und des Lebens, MIÉP).

13 Für Details zum EP vgl. André Osterhoff, *Die Euro-Rechte. Zur Bedeutung des Europaparlaments bei der Vernetzung der extremen Rechten*, Münster 1997.

Die amtierende FPÖ-Führung ging öffentlich auf Distanz zu diesem Treffen. Dahinter stand neben Berührungssängsten gegenüber offenen Antisemiten wie Csurka die Uneinigkeit bezüglich einer Vernetzung und gemeinsamen Kandidatur der Euro-Rechten. Während die Pragmatiker Haiders Absicht, bei den nächsten Wahlen zum EP (2004) mit einer europaweiten Liste oder (angesichts der europäischen Rechtslage, die eine derartige Liste noch nicht ermöglicht) zumindest in enger Kooperation anzutreten, als bloße Aufforderung zur Unterordnung verstanden wissen wollten, suchten die völkischen Fundamentalisten um den Kärntner Landeshauptmann das personelle wie inhaltliche Bündnis.

Im Juli 2002 versammelten sich in der Nähe von Klagenfurt wieder auf Einladung von Mölzer rund 50 Rechtsextreme und -konservative aus Westeuropa, um sich über gemeinsame Perspektiven auszutauschen. Am Rande dieser Tagung unterhielt sich Haider mit Dewinter und Mario Borghezio (Lega Nord) über eine gemeinsame Kandidatur bei den EP-Wahlen.¹⁴ Wieder versuchte die FPÖ-Parteispitze das Treffen als „private Angelegenheit“ hinzustellen. Vor allem die Teilnahme des VB und Haiders Bekenntnis zur Zusammenarbeit mit diesem ließ innerparteilich die Wogen hoch gehen. Tatsächlich desavouierte Haider mit seiner öffentlichen Kontaktnahme die Parteispitze und die FPÖ-MdEP. Deren Fraktionsführerin hatte den VB noch wenige Wochen zuvor als rechtsextrem bezeichnet und jede Kooperation ausgeschlossen.

Es waren nicht zuletzt diese Differenzen, die im September 2002 zur Revolte der Haider-treuen Parteibasis gegen die amtierende Parteiführung führten. Nach der neuerlichen Machtübernahme des von Burschenschaffern dominierten harten Kerns der FPÖ verließen auch zwei MdEP die Partei. Nun, da sich „die mit den liberalkapitalistischen Wölfen heulende Spreu vom authentisch nationalen Weizen“¹⁵ getrennt hat, können die FPÖ und Haider wieder die Rolle eines Motors der europäischen Einigungsversuche übernehmen. Für den Erfolg wird hierbei ebenso zentral sein, ob die rechtspopulistischen Parteien (Dänische Volkspartei, portugiesische Partido Popular, Lega Nord u.a.) ihre Abgrenzung gegenüber den rechtsextremen (FN, VB, FPÖ u.a.) aufgeben, wie auch die weitere Entwicklung der ideologischen Konkurrenz zwischen etatistisch-nationalstaatlichen und völkisch-regionalistischen Konzepten von Bedeutung ist – wobei hier die „Trennungslinien“ partiell anders verlaufen.

Vom Europa der Regionen zum Europäischen Reich

Völkische Nationalist(inn)en bekämpfen die Europäische Union als „amerikanische“ Form der Integration. Während Le Pen und andere Vertreter der etatistischen Rechten darauf mit dem „Europa der Vaterländer“ (i.e. der National-

14 Eine gemeinsame Kandidatur dieser Parteien wird jedoch so schnell nicht möglich sein, da der konstitutionelle Ausschuss des EP kürzlich eine Richtlinie beschlossen hat, nach der eine EU-Partei mindestens in einem Viertel der Mitgliedstaaten vertreten sein muss, um als solche anerkannt zu werden.

15 „Deutsche Stimme“, 9/2002, S. 10.

staaten) antworten, rufen jene nach einem „Europa der Regionen“. Der Regionalismus als ethnisierende Gemeinschaftsideologie soll den Nationalismus ablösen und die zu schaffende „Nation Europa“ im Inneren formieren und strukturieren. Nationalrevolutionäre Ideologen setzen der EU eine unmittelbare Heimeligkeit entgegen. Aus der Ideologiewerkstatt der FPÖ heißt es: „Das Europa der Regionen bedeutet Verwurzelung in der Heimat.“¹⁶ Diese sei im „Pseudo-Nationalstaat“, der es nicht vermochte, „alle Angehörigen eines Volkes in einem Staat zu vereinen“, nicht gegeben.¹⁷ Mit der Regionalisierung Europas verbinden „Deutsche“ in Österreich die Hoffnung, dass „die ungerecht und willkürlich gezogenen Grenzen [...] revidiert werden (können)“.¹⁸ Spätestens hier wird deutlich, dass es sich beim rechtsextremen Regionalismus, mit dem bewusst an alternativ-ökologische Diskurse angeschlossen wird, oft um einen modifizierten Pangermanismus handelt.

Diese Interpretation allein wäre aber zu kurz gegriffen, da es sich nicht nur um ein auf den deutschsprachigen Raum beschränktes Phänomen handelt: Nicht nur so genannte Volksdeutsche stehen im Zentrum der geforderten Neuordnung Europas, sondern das generelle Einklagen von Rechten für als Volksgruppen verstandene autochthone Minderheiten ist elementarer Bestandteil des rechtsextremen Europakonzeptes, für das parteipolitisch vor allem die FPÖ, der VB und die Lega Nord stehen.

Das Volksgruppenkonzept bezieht sich auf den romantischen Volksbegriff und politisiert diesen insofern, als eine raumordnerische Konsequenz aus der kulturellen Teilung der Menschheit in Völker und Volksgruppen gezogen werden soll. Soziale und politische Konflikte werden dabei naturalisiert und in einen ethnischen Entstehungszusammenhang gerückt. Indem Ethnizität als essentielle Kategorie gedacht wird und zum höchsten Gut des „menschlichen Wesens“ avanciert, besteht das politische Ziel in einer kompletten sozialen und politischen Segregation von Menschen entlang ethnischer Kriterien sowie in der Schaffung separierter Ethnoregionen für die einzelnen Volksgruppen: „Betont wird die ethnisch-kulturelle Homogenität der Bevölkerung, oder zumindest ihre kulturelle-mentalitätsmäßige Ähnlichkeit bis hin zur gemeinsamen Betroffenheit durch negative Einwirkungen von außen. Davon ausgehend wird die Gleichartigkeit der Interessen der Betroffenen gegenüber anderen Regionen oder dem übergeordneten System behauptet.“¹⁹

Auf allen gesellschaftlichen und politischen Ebenen sollen ethnische Parallelstrukturen geschaffen werden, die im ersten Schritt zu einer sozialen Segmentierung innerhalb der jeweiligen nationalen Gesellschaft führen, im zweiten zu einer durch fiskalische Eigenständigkeit gestützten politischen Autonomie. Die gesellschaftliche Separation soll dabei wesentlich durch die Etablierung autonomer Strukturen auf sozialer, kultureller, sprachlicher, bildungspolitischer und religiöser Ebene erreicht werden, die den ethnischen

16 Jürgen Hatzenbichler, Für ein Europa der Regionen, in: „Identität“, 1/1991, S. 8.

17 Ders., Das andere Europa als regionalistische Version, in: „wir selbst“, 2/1991, S. 16.

18 Ders., Regionalismus und Freistaaterei, in: Ders. und Andreas Mölzer (Hg.), Europa der Regionen, Graz 1993, S. 17.

19 Günther Pallaver, Kopfgeburt Europaregion Tirol. Genesis und Entwicklung eines politischen Projekts, in: Jahrbuch der Arbeitsgruppe Regionalgeschichte, Bozen 2000, S. 247.

Differenzierungskriterien folgen sollen. Die politische Separation der „Volksgruppenräume“ ist vor allem eine Frage der Zeit, da sich die Unabhängigkeit der sozial konstruierten und infolgedessen schrittweise konstituierenden „autonomen Ethnoregionen“ auch auf Hoheitskompetenzen im Bereich der Legislative, der Exekutive und der Judikative beziehen soll. Die völkisch definierten, regional strukturierten Räume sollen in allen Belangen autonom handeln und peu à peu aus den sozialen und politischen Bezügen des Nationalstaates isoliert werden, was letztlich die Herausbildung von ethnischen Großraumgettos und damit die Schaffung von „Volksgruppenzoos“ (Karl Heinz Roth)²⁰ bedeuten würde.

Zuwanderung und Migration werden dabei kategorisch abgelehnt, da ein so genanntes ethnoplurales Europa sich im Innern auf ethnische Homogenität und nach Außen auf völkische Exklusion gründen soll – zur Sicherung des als natürlich stilisierten Charakters der jeweiligen „Heimatregionen“. Die „ethnozentrische Rahmenideologie“ stellt somit keinen Hinderungsgrund für eine kulturalistisch geprägte Definition von In- und Out-Groups dar, die sich auf eine fundamentalistische Annahme von menschlicher Ungleichheit stützt.²¹ Multikulturalismus, offene Grenzen und Anti-Rassismus werden – wie etwa vom VB formuliert – in den Vorstellungen der europäischen Rechten als „neuer Totalitarismus“ diffamiert und abgelehnt.²²

Das politische Ziel ist dabei die Zerschlagung aller ethnisch „nicht-homogenen“ Nationalstaaten (was beispielsweise faktisch die vollständige Auflösung Belgiens oder die Separierung von mehr als einem Drittel des französischen Staatsgebietes zur Folge hätte) und die Schaffung einer ethnoregionalen Struktur mit autonomen Volksgruppenräumen im Rahmen einer europäischen Ethnoföderation.²³ In einem solchen Europa würden die Regionen kategorisch völkisch definiert, zur natürlichen Heimat stilisiert und gerieten – wie Undine Ruge in einer Vergleichsuntersuchung zu verschiedenen „Europa der Regionen“-Konzepten herausgearbeitet hat – als organisch gedachte kleine Einheiten zur Identifikationsfläche einer ethnoföderalen „Nation Europa“.²⁴ Ziel ist die Schaffung eines neuen europäischen Reiches, in dem „machtstaatliches Handeln nach außen mit einer autoritären Formierung nach innen“ verbunden werden soll.²⁵

Dieses neue Reich bleibt als reaktionäre Utopie jedoch äußerst vage, die extreme Rechte präzisiert es kaum als institutionelles System. Diese Reichschwärmerei will mit dem vornationalstaatlichen implizit auch das vordemokratische Europa restauriert wissen. Statt eines pluralen politischen Systems wird ein autoritäres angestrebt, das sich auf organische Volkstumsvorstellungen gründet. Die Freiheit des Individuums soll infolge einer bedingungslosen

20 Vgl. „konkret“, 7/1999, S. 20.

21 Vgl. Marc Swyngedouw und Gilles Ivaldi, *The Extreme Right Utopia in Belgium and France: The Ideology of the Flemish Vlaams Blok and the French Front National*, in: „West European Politics“, 3/2001, S. 5 f.

22 Vgl. „Vlaams Blok Magazine“, 2/2001, S. 1.

23 Vgl. Pierre Hillard, *Minorités et Régionalismes dans l'Europe Fédérale des Régions. Enquête sur le plan allemand qui va bouleverser l'Europe*, Paris 2002, S. 137 ff.

24 Vgl. Undine Ruge, *Demokratisch, praktisch, gut? Das „Europa der Regionen“ und die Osterweiterung*, in: „Blätter“, 6/2001, S. 725.

25 Vgl. Friedemann Schmidt, *Die Neue Rechte in Europa. Zur ideologisch-strategischen Funktion intellektueller Zirkel bei der Erneuerung der extremen Rechten in der EU*, Brüssel 2001, S. 26.

Vorzugsstellung des Einheits-, Ordnungs- und Gemeinschaftsgedankens der Omnipotenz eines europäischen Reiches untergeordnet werden. Dieses Reich wird dabei auf der Grundlage der so genannten Rasse oder des Volkes bzw. der Volksgruppen als totale Einheiterscheinung gesehen, wobei klare Freund-Feind-Vorstellungen starre Grenzen zwischen In- und Out-Group definieren. So wird einem europäischen Staatenbund ein ethnopluralistisches Staatengefüge gegenüber- und entgegengestellt, „das der Buntheit und Vielfalt der besten Tradition des Reiches Karls des Großen gerecht“ werden soll.²⁶

Europäische Großmachtphantasien

Auch wenn die reale Umsetzung eines Reichskonzeptes als absurd erscheinen muss, stellen jüngere Entwicklungen im europäischen Kontext in Bezug auf die Förderung autochthoner Minderheiten bzw. Volksgruppen einen konkreten Anknüpfungspunkt für die rechtsextremen Vorstellungen dar, da hier gleichermaßen Elemente wie Bodenständigkeit, Heimatbezug, ethnische Identität und sprachliche Authentizität betont werden, wie dies auch in den Überlegungen der extremen Rechten der Fall ist. Es sei hier vor allem die Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen von 1992 genannt, die sich ausdrücklich die Förderung so genannter autochthoner Minderheiten als ethnisch verstandene Kollektive durch die Etablierung von kollektiven Sonderrechten zur Aufgabe gemacht hat.²⁷

In Bezug auf die Ausprägung einer konsistenten Europaideologie im Rechtsextremismus lassen sich neben dessen auf ethnoregionale und volksgruppentheoretische Konzepte gegründetem Autoritarismus auch ebenso deutlich die Konturen einer konkreten Feindbestimmung erkennen. Wie durch die Glorifizierung von ethnisch-autochthoner Homogenität und die damit unmittelbar verknüpfte Ablehnung von Migration als „Heimat-Entwurzelung“ bereits angedeutet, handelt es sich dabei um die von der extremen Rechten mit der Chiffre *Moderne* verknüpften Momente wie Aufklärung, politischer Liberalismus oder das Postulat universeller Gleichheit. Benno Hafeneeger hat in diesem Zusammenhang zutreffend betont, dass „mit der Ablehnung der Moderne (und ihrer Folgen), vor allem der westlich-universalistischen Werteorientierung der Menschenrechte und des Individualismus, der liberal-demokratischen Verfasstheit von Staat und Gesellschaft und seinen Institutionen [...] eine nationale, geschichtlich-kulturelle und europäische Idee als Alternative beschworen“ wird.²⁸

Die „Nation Europa“ als zentrales Motiv rechtsextremer Europaideologie formuliert dabei einen Anspruch auf uneingeschränkte Souveränität einer möglichst omnipotenten Macht, die in unmittelbarer politischer und militärischer Konfrontation zur amerikanischen Hegemonie gesehen wird. An dieser

26 Jörg Haider, *Die Freiheit, die ich meine*, Frankfurt a. M./Berlin 1993, S. 264.

27 Vgl. hierzu ausführlich Yvonne Bollmann, *La Bataille des langues en Europe*, Paris 2001.

28 Benno Hafeneeger, *Rechtsextreme Europabilder*, in: Wolfgang Kowalsky und Wolfgang Schroeder (Hg.), *Rechtsextremismus. Einführung und Forschungsbilanz*, Opladen 1994, S. 220.

Stelle knüpfen die rechtsextremen Vorstellungen durchaus an antiamerikanische Elemente im gegenwärtigen Europadiskurs an und versuchen, diese Diskussionsprozesse zuspitzend zu begleiten. Das Ziel des Antiamerikanismus der extremen Rechten ist dabei die Etablierung Europas als souveräne Militär- und letztlich auch Weltmacht unter völkischen Vorzeichen.

Zugleich ist damit aber auch eine negative Projektionsfläche formuliert, die in der Ablehnung des Ideals der multikulturellen Gesellschaft besteht, mit dem von rechtsextremer Seite nach wie vor besonders die USA identifiziert werden. Als Projektionsfläche wirken hier ideologisch die gemeinsamen Feindbilder der extremen Rechten – die USA und die „Globalisierer“ von der dortigen „Ostküste“ (ein in rechtsextremen Kreisen ubiquitär verwandter antisemitischer Code) – vereinheitlichend. Ein Europa der kleinen (völkischen) Einheiten und der Regionen wird, wie es beispielsweise die Lega Nord betont, einem „Europa der Hochfinanz, der Profitwirtschaft, der Banken und Großkonzerne“ vorgezogen.²⁹

Angesichts der völkisch-rassistischen Elemente überrascht es nicht, wenn beinahe sämtliche Fraktionen des Rechtsextremismus Europa als Kampfbegriff im Mund führen. Die einen rufen zur Verteidigung des „christlichen Abendlandes“ auf, die anderen zum kontinentalen Unabhängigkeitskampf gegen die „raumfremde“ Macht USA und die im Westen verorteten Ideen der bürgerlichen Revolution, wieder andere wollen den europäischen Übermenschen aus den Fesseln des vorgeblich uneuropäischen „Judäo-Christentums“ befreien. Diese Differenzen im Detail sollten jedoch nicht über die grundsätzlich antiaufklärerische und antimoderne Intention im europäischen Rechtsextremismus hinwegtäuschen, die sich vor allem als antiamerikanisches und antisemitisches Ressentiment konkretisiert.

Auch wenn bisher keine dauerhaft-institutionelle Kooperation in Form einer rechtsextremen Partei oder europäischen Dachorganisation existiert, sollte dies nicht als Widerspruch zur fortgeschrittenen Formulierung einer kohärenten Ideologie des europäischen Rechtsextremismus interpretiert werden. Denn die Kooperation der extremen Rechten in Europa kann gerade auch den umgekehrten Weg gehen, wie die Aktivitäten von FPÖ und VB in jüngster Vergangenheit exemplarisch zeigen: konkrete politische Zusammenarbeit *als Folge* der Herausbildung einer gemeinsamen Ideologie.

29 Vgl. „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 19.3.2002.